

Pressemitteilung

Wege zur Zahnarztpraxis werden weiter – nicht nur im Notfall

Die flächendeckende zahnmedizinische Versorgung in Sachsen ist aufgrund ständig steigender Anforderungen an die Praxen bei gleichzeitig gedeckelter Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung in Zukunft gefährdet.

Schon jetzt findet nur noch jede dritte bis vierte Praxis in Sachsen einen Nachfolger. Ursachen dafür sind nicht mehr nur der hohe Altersdurchschnitt der Zahnärztinnen und Zahnärzte und der Mangel an Nachwuchs. Auch die Rahmenbedingungen werden zunehmend ungünstiger. Dazu zählen Bürokratielasten, hohe Kosten, Personalmangel sowie eine willkürliche Sparpolitik des Bundesgesundheitsministers.

Durch den Wegfall von Zahnarztpraxen werden sich Patientinnen und Patienten auf weitere Wege einstellen müssen. Dies gilt auch im Notfall, da eine Anpassung der Struktur der Notdienstkreise unerlässlich ist. Die etwas längeren Anfahrtswege sind aber weiterhin zumutbar.

Anpassung der Notdienstkreise im Dresdner Norden

Notfallpatienten können in der „Notdienstsuche“ auf www.zahnaerzte-in-sachsen.de ihren Standort eingeben und bekommen die nächstgelegenen Zahnarztpraxen angezeigt, die eine Sprechstunde bzw. Rufbereitschaft anbieten. Eine Versorgung der Notfallpatienten erfolgt unabhängig von deren Wohnort.

Seit einiger Zeit werden die Notdienstkreise, welche der Organisation des Notdienstes zugrunde liegen, neu strukturiert. Bei diesem Prozess betrachtet die für die Planung zuständige Kassenzahnärztliche Vereinigung Sachsen (KZVS) sorgfältig die geografische Lage, die Anzahl der Praxen sowie die Erreichbarkeit für die Patientinnen und Patienten.

Im Ergebnis wurden mit dem 1. Januar 2024 die 13 Praxen des Dresdner Nordens folgenden umliegenden größeren Notdienstkreisen (NDK) zugeordnet:

- Ottendorf-Okrilla (3 Praxen) zum NDK Kamenz/Radeberg
- Moritzburg und Radeburg (5 Praxen) zum NDK Großenhain
- Stadtteile Langebrück und Weixdorf (5) zum NDK Dresden

Dr. Holger Weißig, Vorstandsvorsitzender der KZVS: „In der Zahnheilkunde kann man durch regelmäßige Vorsorgeuntersuchungen das Risiko einer Schmerzbehandlung deutlich reduzieren. Insofern ist im Ausnahmefall ein längerer Weg zum zahnärztlichen Notdienst vertret- und zumutbar.“ Die Entfernung nach Großenhain beträgt beispielsweise von Moritzburg 23 km bzw. von Radeburg 20 km.

Ziel ist es, dass Patienten auch künftig eine Zahnarztpraxis in zumutbarer Entfernung möglichst mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichen können. Hier sind die Kommunen gefordert, die nötige Infrastruktur anzubieten.

Ansprechpartnerin für diese Pressemitteilung:
Kassenzahnärztliche Vereinigung Sachsen
Beate Riehme
Telefon: 0351 5053-537
E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@kzv-sachsen.de

Landeszahnärztekammer
Sachsen

Kassenzahnärztliche
Vereinigung Sachsen

Körperschaften des
öffentlichen Rechts

Schützenhöhe 11
01099 Dresden

Informationszentrum
Zahngesundheit

Öffentlichkeitsarbeit &
Prävention

ANSPRECHPARTNER
Frau Hesse

TELEFON
0351 8066-278

TELEFAX
0351 8066-279

E-MAIL
izz.presse@lzk-sachsen.de

WEB
zahnaerzte-in-sachsen.de

Datum:
10.01.2024

Hintergrund

Sinkende Zahl der Zahnarztpraxen

Gab es im Jahr 2019 noch 2.427 sächsische Praxen, sank die Zahl im Jahr 2022 auf 2.220 Praxen. Infolge des hohen Altersdurchschnitts der sächsischen Zahnärzteschaft sowie des Mangels an jungen Nachwuchskräften wurde in den letzten Jahren nur etwa jede dritte bis vierte Praxis in Sachsen übernommen. Dieser Trend unterliegt keiner regionalen Besonderheit und betrifft auch Großstädte.

Aktuelle Gesundheitspolitik spart auf Kosten der Patienten

Seit Anfang letzten Jahres hat Bundesgesundheitsminister Prof. Lauterbach willkürlich ein Budget für zahnärztliche Leistungen eingeführt. Weniger Mittel bedeuten weniger Leistungen. Bundesweit engagiert sich die Zahnärzteschaft mit der Kampagne „Zähne zeigen“ gegen diese Sparpolitik, die nicht nur die Gesundheit der Patienten gefährdet, sondern langfristig die flächendeckende zahnmedizinische Versorgung der Bevölkerung, insbesondere in ländlichen Regionen.

Erschwerende Rahmenbedingungen

Die Rahmenbedingungen für niedergelassene Zahnärztinnen und Zahnärzte verschlechtern sich ebenfalls. So steigen die Kosten (Inflation, Energie) sowie die Bürokratie unverhältnismäßig (z. B. nicht anlassbezogene Praxisbegehungen). Auf der anderen Seite fehlt es den Praxen an Personal sowie der Chance zu dessen adäquater/wettbewerbsfähiger Entlohnung – nicht zuletzt mangels Wertschätzung seitens der Politik.

Gerade junge Zahnmedizinerinnen und Zahnmediziner benötigen Planungssicherheit, um sich den unternehmerischen Risiken einer kostenintensiven Niederlassung auszusetzen. Will der Gesetzgeber die wohnortnahe und flächendeckende zahnmedizinische Versorgung erhalten, ist ein Umdenken erforderlich. Denn weder die derzeitigen Rahmenbedingungen noch die Budgetierung veranlassen den Berufsnachwuchs, eine eigene Praxis zu übernehmen.